

Jürgen Stamm



Gedenkfeier

„Stuttgarter im Widerstand - Schlotterbecks, Hummler und Wagner“

Theaterhaus Stuttgart am 21. November 2004

Es gilt das gesprochene Wort

Wir erinnern uns heute jener, die dem Faschismus Widerstand geleistet haben.

Wir gedenken jener, deren Leidensweg vor 60 Jahren am 30. November 1944 vor den Gewehren ihrer Mörder in Dachau endete.

Wir gedenken jener, die im Stuttgarter Widerstand gegen das faschistische Terrorregime Qual und Folter auf sich nahmen.

Sie wurden hingerichtet, weil sie den einfachsten Idealen der Menschlichkeit treu blieben.

Viele Namen wären zu nennen aus dem Widerstand in Stuttgart:

Die Namen der Familie Schlotterbeck, Maria, Gotthilf und Hermann.

Die Namen ihrer Mitkämpfer:

Else Himmelsgeber,
Gertrud Lutz,
Hermann Kramer,
Erich Heinzer,
Emil Gärtner,
Sofie Klenk,
Emmi Seitz,
Hermann Seitz,
Theodor Seitz.

Der Weg dieser Frauen und Männer war geprägt von der unerschütterlichen Überzeugung Widerstand gegen die Nazibarbarei leisten zu müssen.

Wir gedenken heute auch den Überlebenden aus der Familie der Widerstandsgruppe Schlotterbeck: Friedrich Schlotterbeck, der sich durch Flucht und Emigration retten konnte.

Auch er wurde inhaftiert im KZ-Lager Welzheim in Baden-Württemberg. Er hat die Geschichte seiner Familie erstmals 1945 noch in Stuttgart niedergeschrieben.

„Einst war es ein Haus wie andere auch. Aber jetzt sind die Menschen, die darin lebten tot. Mit einem dreijährigen Kind bin ich übrig geblieben. Die anderen, Vater, Mutter, Schwester, Bruder, Braut und manchen guten Freund hat die Gestapo heimlich und feige ermordet. „Sippenhaft“ nannten sie es.“

Später fasste er seine Erinnerungen aus den Jahren 1933 bis 1945 in seinem Buch „Je dunkler die Nacht, desto heller leuchten die Sterne“ zusammen.

Am 30. November 1969 hielt er die Rede auf der Gedenkfeier zum 25. Jahrestag der Ermordung seiner Familie auf Einladung der Bezirksleitung der IG Metall in der Sänerhalle in Untertürkheim.

Er berichtete von seinem Vater, dem Mann, dem Metallarbeiter, dem Gewerkschafter und dem Mitglied der nach ihm benannten Widerstandsgruppe Schlotterbeck.

Zum Widerstand in Stuttgart gehörten auch Anton Hummler und Max Wagner. Anton Hummler wurde am 25. September 1944 im Zuchthaus Brandenburg im Alter von 36 Jahren hingerichtet. Außer ihm wurden am selben Tag noch 17 weitere Menschen ermordet. Er hinterließ eine junge Frau und drei Kinder.

In einem Abschiedsbrief an seine Frau schrieb er: „Es blutet mir das Herz, wenn ich an dein Los denke ...Sei stark und ertrage es den Kindern zuliebe. Sie sollen von ihrem Vater nicht schlecht denken, denn ich bin ja kein Verbrecher. Wenn die Zeit kommt, dann weißt du ja wo hin du dich wenden musst und kannst sagen für was ich gefallen bin ...“.

Diesen Brief musste er in Handschellen in einer engen Todeszelle schreiben, die er mit 11 Leidensgenossen teilte.

Anton Hummler hatte früh erkannt, dass die Figur Hitler gleich bedeutend war mit Krieg. 1930 schloss sich der überzeugte Antifaschist dem Kampfbund gegen den Faschismus und der KPD an. Vor dem Krieg war er bei Bosch in Stuttgart beschäftigt, mit Kriegsbeginn wurde er mit hundert weiteren Kollegen nach Hildesheim versetzt, um im dort neu entstandenen Werk die Produktion zu sichern.

Anton Hummler und sein Freund Max Wagner waren Mitglieder im Nationalkomitee freies Deutschland und bekannten sich in einem in Stuttgart verbreiteten Flugblatt zu ihrem Ziel den „nationalsozialistischen Wahnsinn“ zu beenden.

Hummler wurde am 3. November 1943 verhaftet, als er versuchte einen jüdischen Arzt in die Schweiz zu bringen. In einem Geheimprozess wurde er wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt.

Im Zweiminutentakt wurden die Menschen im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet, so geht es aus überlieferten Protokollen hervor. Bis zu 42 Tötungen waren an manchen Tagen keine Seltenheit. Insgesamt wurden dort von August 1940 bis April 1945 1.722 Menschen von den Nazi-Schergen umgebracht. Sieben Häftlinge zogen den Freitod der Hinrichtung vor. 652 starben vor dem Tod durch Fallbeil oder Galgen an Unterernährung oder Krankheit.

Die Gefängnisse und Zuchthäuser wie Berlin-Plötzensee, Brandenburg und andere gehörten nicht zu den Vernichtungslager der deutschen Faschisten, sondern zu den „Vollzugsanstalten“ der deutschen Justiz, in denen angeblich „Recht“ vollzogen wurde

Warum wurden Richter und Staatsanwälte, die Todesurteile für Antifaschisten wie am Fließband forderten und verhängten, nie für ihre Taten zur Verantwortung gezogen? Die meisten konnten im Gegenteil sogar ihre Karrieren nach dem Krieg fortsetzen oder wurden finanziell gut ausgestattet in den Ruhestand entlassen. Für den Publizisten Ralf Giordano ist diese Nichtverfolgung der Täter „die zweite deutsche Schuld“.

Wir verbeugen uns vor all denjenigen, die im Kampf gegen die Barbarei ihr Leben ließen.

Die von uns geehrten Widerstandskämpfer gegen den Faschismus sind unentbehrlich, auch dann wenn das Verbrechen an ihnen 60. Jahre zurückliegt.

Die Widerstandsgruppe Schlotterbeck und auch ihr überlebender Sohn Friedrich war ein Teil der all zu kleinen Minderheit, die Integrität sowie den politischen und moralischen Anspruch der Arbeiterbewegung über den Faschismus hinaus aufrecht erhielt.

Männer wie Ludwig Becker, Eugen Ochs und Willi Bleicher standen in der Tradition des ungebrochenen Teils der Arbeiterbewegung.

Sie prägten diesen Bezirk der IG Metall, sie schärften aus den Erfahrungen der Vergangenheit unseren Blick für die Gegenwart.

Keiner, der sich dem Geist des Widerstandes, des politisch und moralisch besseren Teils, verpflichtet sieht, möchte die „Gnade der späten Geburt“ für sich in Anspruch nehmen.

Nein, wir stehen zu unserem Teil der Geschichte, wobei es häufig schwer ist, der daraus resultierenden Verantwortung gerecht zu werden.

In unser Gedenken an die Ermordeten schließen wir auch die ausländischen Frauen und Männer ein, die in deutschen Fabriken, in der Landwirtschaft und bei den Kommunen zu sklavenähnlicher Zwangsarbeit gezwungen wurden.

Nur noch wenige hochbetagte Opfer haben bis heute überlebt, oft sind sie krank und bettelarm. Wer es nicht aus eigenem Erleben weiß, kann es sich durch Historiker bestätigen lassen: Praktisch in jedem deutschen Betrieb waren solche Arbeitssklaven eingesetzt, um die Kriegswirtschaft aufrecht zu erhalten und den Krieg zu verlängern.

Aber ein halbes Jahrhundert lang haben sich die meisten Firmen um ihre Verantwortung für dieses Unrecht gedrückt. Mit jedem noch so fadenscheinigen Argument wurden individuelle Entschädigungszahlungen abgelehnt. Erst das ökonomische Kalkül, sich vor Boykott-Maßnahmen auf dem amerikanischen Markt retten zu können, brachte Bewegung in die Entschädigungsdebatte.

Jeder weiß, dass die verbrecherische Behandlung der Zwangsarbeiter durch Geldzahlungen nicht wieder gut gemacht werden kann, aber es müssen Zahlungen erbracht werden, die die Würde der gepeinigten Menschen nicht noch einmal verletzen.

Vieles an politischen Entwicklungen erinnert derzeit an das Ende der Weimarer Republik. Man kann die Zeit nicht so ohne Weiteres vergleichen.

Die Vergangenheit kehrt nicht im gleichen Stiefel wieder. Das wissen wir. Aber wir erkennen auch vergleichbare Wesenszüge. Die Weltwirtschaft wühlt sich in einer tiefen Krise. Sprache und Positionen zahlreicher Arbeitgeber und ihrer Verbände erinnern an den Niedergang der 1. Republik.

Damals wie heute wird Sozialabbau als einzig mögliches Heilmittel propagiert. Die Verlierer beider Zeitepochen stehen fest: Arbeitnehmer und kleine Leute.

Den Politikern wird kaum noch geglaubt. Die sozialen Probleme wachsen. Trotz hoher Exportrekorde, steigender Gewinne und Aktienkurse nimmt die hohe Zahl der Arbeitslosen nicht ab. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt zu. Junge Menschen haben gelegentlich überhaupt keine Perspektive,

sie finden noch nicht einmal einen Ausbildungsplatz.

Langzeitarbeitslose - ein kalter technischer Begriff für Menschen, die abgeschrieben und abgestempelt sind.

Viele wollen von den wachsenden Widersprüchen, wollen von den verloren gegangenen Perspektiven ablenken. Einige appellieren an ein neues Nationalgefühl. Ausgerechnet im zunehmend zusammenwachsenden Europa.

Sie gießen damit Öl ins Feuer, die Ausländerfeindlichkeit, die extreme Rechte nutzt die Gunst der Stunde und erhält Zulauf. Nicht nur von alten Nazis, sie erhält auch Zulauf von jungen Menschen.

Der Rechtsradikalismus speist sich aus vielen Quellen, unter anderem aus der Verbitterung, dem Abscheu vieler Menschen über nicht enden wollende wirtschaftliche und politische Skandale. Das war auch schon früher Boden für das Aufkommen rechtsradikaler Strömungen.

Der gesellschaftliche Reichtum wird immer weiter umverteilt. Doch während wenige immer mehr haben, droht durch den Umbau unseres Sozialstaates die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten. Die demokratischen Parteien bereiten damit den Neofaschisten den Boden für ihre jüngsten Erfolge und schon jetzt zeigt sich immer öfter die hässliche Fratze der Nazis.

Alleine im letzten Jahr gab es bereits 11.000 Übergriffe mit neofaschistischen Hintergründen. Etwa 120 Tötungsdelikte gehen seit 1990 auf das Konto von Rechtsradikalen in Deutschland.

Die Gewerkschaften sind immer eingetreten für eine offene und tolerante Gesellschaft. Doch gegen Nazis, egal ob alte oder neue, gilt die Null-Toleranz-Grenze. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Ein Verbrechen gegenüber den Menschen und der Menschlichkeit.

Verletzt ist das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen. Während ein Teil der Bevölkerung in kaum verstellbarem Reichtum lebt, sieht sich der andere Teil wehrlos einer Politik der sozialen Enteignung ausgeliefert.

Auch das erinnert an die Brüning'schen Notverordnungen der späten 20er-Jahre. Gerechtigkeit ist einer der Werte, die diese Gesellschaft zusammenhalten. Die Bundesrepublik ist geprägt von der Idee der Gerechtigkeit und hat durch sie ihre Stärke gewonnen. Es gibt keinen Grund sich von diesem zentralen Begriff und diesem wichtigsten Ziel politischen Handelns zu verabschieden.

Deshalb müssen wir für die Gerechtigkeit in unserem Land streiten, damit unsere Gesellschaft nicht noch weiter auseinander driftet. Die Spaltung geht bereits quer durch unser Land.

Dass sich besonders viele junge Menschen abwenden und sich zu den politisch Extremen hingezogen fühlen, ist eigentlich die erschütterteste Erkenntnis und diese müssen wir alle sehr ernst nehmen.

Die Abkehr von den großen Parteien verweist insbesondere in Sachsen auf besondere Anfälligkeiten für politische Heimatlosigkeit und soziale Anomie. Dieser Trend zur Entfremdung vom öffentlichen Geschehen schließt die Entstehung regionaler Subkultur und des Rechtsextremismus ein.

In der Berichterstattung der Medien nach den Wahlen setzt sich die neoliberale Erziehungsdiktatur fort. Begreift doch endlich, schreiben sie täglich, es gibt keine Alternative!

Doch, wir haben Alternativen. Es gibt die Alternative einer zukunftsfähigen demokratischen und sozialen Gesellschaft.

Die neoliberale Sucht, der wir zur Zeit in der veröffentlichten Meinung und in der Politik begegnen, alles und jedes in den menschlichen Beziehungen, im Stoffwechsel der Menschen mit der Natur, den sogenannten „freien Kräften des Marktes“ aus zu setzen, bringt die Grundlagen jeglicher demokratischen Verfassung in Gefahr.

Alles ist käuflich und alles wird nur noch danach beurteilt, ob es und wie schnell es in Geld umgewandelt werden kann oder nicht.

Wenn wir nicht mehr interessiert sind an dem Gebrauchswert eines Produktes, daran ob es sich im Wettbewerb auf dem Markt als das Beste zur Befriedigung von menschlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen verwenden lässt, sondern nur noch daran, ob sich mit ihm schnell und viel Geld verdienen lässt, entfernen wir uns von der realen Basis der Wertschöpfung und Verbesserung unseres Lebens.

Unter den Bedingungen neoliberaler Strategien und extremer sozialer Polarisierung drohen andauernde Voraussetzungen für faschistische Herrschaftsformen.

Offen bezeichnet der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) Rogowski die betriebliche Mitbestimmung als „Irrtum der Geschichte“. Wir spüren, gemeint ist die Demokratie. Diese halten sie für ineffizient, für nicht zielführend. Menschen ein zu beziehen und sie nach ihren Meinungen und Vorstellungen zu fragen, ist ihnen lästig. Sie wollen die Durchsetzung ihrer Macht- und Profitinteressen ohne viel Federlesens.

Die Faschisten diffamierten den parlamentarischen Streit um den richtigen Weg als „Hickhack“ und das Parlament als „Quasselbude“. Die einen verbrannten deutsche Literatur, Rogowski begnügt sich mit dem Wunsch nach einem Feuerchen in dem er die Tarifverträge und das Betriebsverfassungsgesetz verbrennen möchte.

Wohin ein Land ohne die Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer driften kann, haben wir unter der Hitler-Diktatur erlebt.

Hitler war keinesfalls, wie heute gerne sein verklärtes Bild gezeichnet wird, ein Betriebsunfall der Gesichte, Hitler hat es verstanden, die Macht des Kapitals unter sich zu vereinen.

Wir könnten auch zugespitzt sagen, die deutschen Großunternehmen, wie Thyssen, Krupp, Haniel, Siemens, Bosch, Flick, haben es verstanden, ihn zu nutzen. Sie alle

haben ihn und seine Verbrechen mit finanziert und Millionen am Tod unschuldiger Menschen verdient.

Immer dann, wenn Menschen keine reale Perspektive gegeben werden kann, wenn sie nicht mehr stolz darauf sein können, einen guten Beruf zu haben und einen Part zur gesellschaftlichen Entwicklung leisten können, wird ihnen von den Rattenfängern eingeredet, sie seien allein deshalb etwas besonderes, weil sie in einem bestimmten Land geboren sind, was den Regierenden ja nichts kostet.

Viele Menschen fühlen sich allein gelassen, sind verunsichert, weil sie genau spüren, welche Veränderungen in unserem Land stattfinden. Veränderungen, die Risiken für die Existenz der Menschen mit sich bringen, denen sie sich schutzlos ausgesetzt fühlen.

Nach einem Sommer, in dem Hartz IV und Manager-Gehälter die öffentliche Debatte bestimmten, zeigt sich, dass nichts die Menschen mehr ärgert, als wenn Gerechtigkeit mit Füßen getreten wird.

Deshalb müssen wir den Begriff wieder in den Mittelpunkt der Diskussion stellen und damit ein Gegengewicht zum neoliberalen Ökonomismus, der nur nach betriebswirtschaftlicher Rentabilität rechnet, schaffen.

Das Problem unserer Gesellschaft sind Egoismus, Habgier und Ellenbogenmentalität.

Gerechtigkeit ist untrennbar mit dem Begriff der Freiheit verbunden. Doch gerade mit dem Freiheitsbegriff ist in den letzten Jahren besonders grober Unfug getrieben worden. Der französische Schriftsteller Anatol France ironisierte den liberalen Freiheitsbegriff: „Das Gesetz in seiner Erhabenheit verbietet es Arm und Reich gleichermaßen, nachts unter Brücken zu schlafen und um Brot zu betteln“.

Genau darin, in der Verteidigung der Freiheit und somit der Würde des Menschen, die auch immer eine demokratische und soziale ist, liegt die Aufgabe der Gewerkschaften. Deshalb stemmen wir uns mit aller Macht gegen den politökonomischen Zeitgeist.

Gerecht ist eine Gesellschaft, in der alle Zugang zu Arbeit und Bildung haben, gerecht ist eine Gesellschaft, in der Mensch das Maß aller Dinge ist, sie bietet Sicherheit und Chancen zur Persönlichkeitsentfaltung, zur beruflichen und persönlichen Verwirklichung.

Gerecht ist eine Gesellschaft, die allen unabhängig vom Geschlecht, Alter, Religion und sozialer Herkunft, gleiche Chancen bietet.

Das sind ganz nebenbei die Grundsätze unserer Verfassung.

Gerecht ist eine Gesellschaft, die die Interessen der zukünftigen mit denen der jetzt lebenden Generationen verbindet. Das kann aber nicht bedeuten, die Sicherung der Lebensrisiken den Finanzkonzernen zu überlassen.

Die zunehmende Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft führt zu Verhaltensweisen, die unsere gemeinsame solidarische - und nur das ist auch eine demokratische - Ordnung in Gefahr bringen.

Das „Jeder gegen Jeden“, „Jeder für sich“ und „Geiz ist geil“ wird der demokratischen Kultur unseres Landes den Boden vergiften und damit die Gefahr autoritärer Lösungen fördern.

Wenn wir uns als Gewerkschaften in der Tradition des Widerstandes einordnen, gegen Menschenverachtung, gegen Rechtsradikalismus, gegen Neofaschismus, wenn wir mit unseren Möglichkeiten die Ursachen bekämpfen und den Menschen Raum geben, mit uns für ihre Interessen ein zu treten, dann lebt ein Teil der aktiven Arbeiterbewegung weiter, zu deren Stärksten, unter ungleich schwierigeren Verhältnissen, die Widerstandsgruppe Schlotterbeck zählt.

Damals wie heute aber gilt, dass die Voraussetzungen für Solidarität, Menschlichkeit, auch in den eigenen Reihen gelegt werden muss.

Damals wie heute, muss darauf geachtet werden, auch in den eigenen Reihen Angst zu überwinden, in den Köpfen und in den Herzen unserer Mitglieder.

Auch in unseren Reihen sind Menschen gefährdet, wenn Angst vorherrscht, wenn Perspektivlosigkeit sich breit macht und Konkurrenz zur Richtschnur eigenen Handelns wird.

Willi Bleicher berichtete mehrmals eindrucksvoll eine seiner schlimmsten Erlebnisse, die Erfahrung nämlich, dass auch aus vielen Arbeiter-Haushalten am 2. Mai 1933 - das war am Tag nach der Zerschlagung der Gewerkschaftshäuser -Hakenkreuzfahnen herausgehängt wurden.

Wer den Opfern gedenken und sie ehren will, wird neben einer entschlossenen Politik des Widerstands auch teilweise kritische Fragen nach ihnen stellen müssen.

Wir selbst müssen uns fragen, wie sieht es mit der Überzeugungstreue der breiten Mitgliedschaft in den Gewerkschaften aus, wie stark ist das demokratische Bewusstsein und Verhalten ausgeprägt.

War und ist uns das „Führerprinzip“ in unseren eigenen Reihen völlig fremd?

Wie stark ist unsere Zivilcourage ausgeprägt, wenn es darum geht, Ungerechtigkeiten an zu prangern und zu bekämpfen?

Über all dies muss nachgedacht und gesprochen werden. Wenn dies ehrlich geschieht, kann dieser Prozess zum Teil schmerzlich sein. Damit verdunkeln wir nicht die mutigen Taten derjenigen, die Widerstand leisteten. Er wird in seiner Bedeutung nur noch größer.

Aber wir leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Verhinderung eines neuen Faschismus. Wer diese Schmerzen scheut, wird größere zu erdulden haben.

Friedrich Schlotterbeck sagte am 30. November 1969 in der Untertürkheimer Sängerkapelle: „Und weil ich diesen Toten besonders verpflichtet bin, darf ich ausdrücken, was sie uns zu sagen haben: Wohl ist das tägliche Brot nicht mehr so dürftig wie einst, aber der Mensch lebt nicht vom Brot allein und niemand als der Arbeiter weiß besser, dass diese Gesellschaft weder vollkommen, noch respektabel ist.“

Sie ist an Haupt und Gliedern verbesserungsbedürftig, damit sie uns und die Welt nicht in eine neue noch größere, vielleicht endgültige Katastrophe stürzt. Wer, wenn nicht die Arbeiter, kann diese Gefahr bannen? Ihr Recht auf Mitbestimmung ist auf Leistung begründet.

Mehr als einmal hat sie den Übermut der Mächtigen und Mächtigsten zum Nutzen des Volkes gebrochen. Bismarck fiel über ihr Beharrungsvermögen. Der zum Frieden unfähige Kaiser Wilhelm floh vor ihr. Die putschenden Generale scheiterten am Generalstreik.

Und schließlich, wer weiß nicht, welche Opfer das deutsche Volk und die Welt auf sich nehmen mussten, weil es 1933 nicht gelang, auf Arbeiterart die Machtergreifung Hitlers zu verhindern“.

Ich zitiere noch aus einer 1939 erschienenen Sammlung „Mut“ von Heinrich Mann:

„Sie haben ihn hingerichtet und dies aus vielen Gründen: Er hatte ein besseres Gesicht als sie, er kämpfte wahrhaft, er vertrat die gute Sache, die Sache seines Volkes und aller Menschen von Mut und Ehre, vor allem war er ein Mann, der künftig herrschenden Klasse, ein Proletarier, der gelernt hat“.

Die Zeit erfordert messerscharfes Denken und entschlossen kühnes Handeln.